

Horthy-Ungarn und die Pfeilkreuzlerbewegung

Author(s): Margit Szöllösi-Janze

Source: *Geschichte und Gesellschaft*, 12. Jahrg., H. 2, Faschismus in autoritären Systemen (1986), pp. 163-182

Published by: Vandenhoeck & Ruprecht (GmbH & Co. KG)

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/40185406>

Accessed: 28-02-2019 08:35 UTC

---

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Vandenhoeck & Ruprecht (GmbH & Co. KG) is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Geschichte und Gesellschaft*

# Horthy-Ungarn und die Pfeilkreuzlerbewegung

von Margit Szöllösi-Janze

Ende der 1960er Jahre wurde, angeregt durch die Studentenbewegung, die Diskussion um die Beziehung zwischen *Großbourgeoisie* und *Faschisten* zum aktuellen Thema in Politik und Geschichtswissenschaft erhoben. Diejenigen, die einen wesensmäßigen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus postulierten, wurden jedoch, soweit sie der empirischen, vergleichend orientierten Forschung noch offen gegenüberstanden, mit einer scheinbar verblüffenden Tatsache konfrontiert: in den USA, dem Land mit dem im marxistisch-leninistischen Sinne zweifellos stärksten Finanzkapital, entwickelte sich trotz schärfster Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise keine faschistische Massenbewegung, wohl aber z. B. in Horthy-Ungarn, in dem aufgrund seiner späten, nur partiellen Industrialisierung kapitalistisch-, moderne' und (oftmals dominante) vorindustrielle, ständisch-feudale Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft koexistierten. Dem schließt sich die Frage an, warum es den *Pfeilkreuzlern*, der faschistischen Bewegung Ungarns, trotz ihrer quantitativen Stärke und systemsparenden Dynamik nicht gelang, wie ihre Vorbilder in Italien und Deutschland ohne fremde Hilfe von außen an die Macht zu gelangen.<sup>1</sup> Das Horthy-Regime<sup>2</sup> etablierte sich nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik Béla Kuns und erlebte nach einer turbulenten Frühphase, in der sich die radikale Rechte erstmals als (wenn auch noch sehr diffuse) politische Kraft zur Liquidierung des ‚Bolschewismus‘ formierte,<sup>3</sup> während der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Bethlen (1921–1931) seine politische und wirtschaftliche Konsolidierung. Verfassungsrechtlich eine Monarchie mit vakantem Thron, konstituierte sich unter dem Reichsverweser Horthy als Staatsoberhaupt ein konservativ-autoritäres politisches System,<sup>4</sup> das sehr viel weniger liberal war als die politische Realität im Vorkriegs-Ungarn, das man zu restaurieren vorgab.

Das Parlament genöß zwar aufgrund seiner langen institutionellen Tradition und seiner Rolle in der nationalen Geschichte hohes Ansehen, doch

- 1 Zu diesem Aufsatz vgl. ausführlich meine Dissertation: Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn: historischer Kontext, Bewegungs- u. Herrschaftsphase, Diss. masch. München 1985.
- 2 Für die gesamte Horthy-Ära immer noch unverzichtbar: C. A. Macartney, *October Fifteenth. A History of Modern Hungary 1929–1945*, 2 Bde., Edinburgh 1957. Vgl. dazu auch *Magyarország története 8, 1918/19–1945 (= MT 8)* („Geschichte Ungarns“, 1918/19–1945), Hg. Gy. Ránki, Budapest, 3. verb. Auflage 1984.
- 3 Vgl. dazu auch L. Niethammer, *Faschistische Bewegungen der Zwischenkriegszeit in Europa*, in: *Politische Bildung* 5. 1972, S. 19.
- 4 Zusammenfassend L. Révész, *Verfassung u. Verfassungswirklichkeit in Horthy-Ungarn*, in: *Ungarn-Jahrbuch* 6. 1974/75, S. 47–58.

*Geschichte und Gesellschaft* 12 (1986) S. 163–182

© Vandenhoeck & Ruprecht 1986

ISSN 0340-613 X

stellte es einen relativ machtlosen politischen Nebenschauplatz dar; seine Kompetenzen wurden durch den kontinuierlichen Ausbau der quasi-monarchischen Rechte des Reichsverwesers und das ausschlaggebende Gewicht der Exekutive zunehmend beschnitten. Das 1926 eingeführte Oberhaus, dessen Mitglieder sich in deutlicher Anlehnung an das 1918 aufgelöste Herrenhaus durch ihre adelige Herkunft, qua Amt und Würden oder durch Ernennung bestimmten, erweiterte 1937 seine Befugnisse zur völligen Gleichberechtigung im Gesetzgebungsprozeß mit dem gewählten Abgeordnetenhaus (Ausnahme: Verabschiedung des Staatshaushalts). Mehrere Wahlrechtsreformen schlossen u. a. durch offene Stimmabgabe in den ländlichen Wahlkreisen, einen sich verschärfenden ‚Bildungszensus‘ und zahlreiche, die oppositionellen Kandidaten behindernde Bestimmungen gezielt die unteren Bevölkerungsschichten von der politischen Partizipation aus und garantierten unter dem mehr oder weniger gewaltsamen Druck von Verwaltung und Ordnungskräften die überwältigende Mehrheit der Regierungspartei. Unbestreitbar war jedoch andererseits die Fortdauer von liberalen Reststrukturen und Funktionsmechanismen wie z. B. einer relativ freien Presse, dem Streben nach Einhaltung der rechtsstaatlichen Erfordernisse, einem unabhängigen Gerichtswesen, freien (wenn auch in ihrem Spielraum eingeschränkten) Gewerkschaften, regelmäßig abgehaltenen Wahlen und einem formalen Mehrparteiensystem einschließlich der Sozialdemokraten. Da die Oppositionsparteien niemals eine reale Chance hatten, an die Schaltstellen der Macht zu gelangen, kann man mit Batkay von einem ‚pluralistischen Einparteiensystem‘ unter der Dominanz einer übermächtigen Regierungspartei sprechen.<sup>5</sup>

Ein autoritäres Regime bedarf zu seiner gesicherten Fortexistenz der Zustimmung der traditionellen Führungseliten. Die Rückwendung zum politischen System der Vorkriegszeit bedeutete deshalb in Horthy-Ungarn zugleich die Restauration der Herrschaft seiner sozialen Träger, eines Machtkartells aus aristokratischem Großgrundbesitz, Hochfinanz und den Mitgliedern der hohen staatlichen Bürokratie in Verwaltung und Armee.

An der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie stand der traditionell führende Hochadel: eine schmale Magnatenschicht von ca. 500 Familien<sup>6</sup> verfügte über die immensen, die ungarische Agrarstruktur kennzeichnenden Latifundien. Ihre gesellschaftliche Bedeutung erhellt aus der Tatsache, daß 1920 noch 55,8 % (1930: 51,8 %) der Bevölkerung in der Landwirtschaft, dagegen nur 30,1 % (1930: 32,3 %) in der gewerblichen Wirtschaft erwerbstätig waren.<sup>7</sup> Von den knapp 1,64 Millionen Agrarbetrieben 1935 waren 1070 Großgrundbesitze über 1000 Kj (1000 Katasterjoch entspre-

5 W. M. Batkay, *Authoritarian Politics in a Transitional State. Istvan Bethlen and the Unified Party in Hungary 1919–1926*, New York 1982, S. 105.

6 Diese Zahl nach MT 8/2, S. 774.

7 Az 1941. évi népszámlálás 3: Összefoglaló adatok (Die Volkszählung von 1941, Bd. 3: Zusammenfassende Daten) (= Volkszählung 1941), Budapest 1978, S. 96.

chen ca. 575 ha), die jedoch 30 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr eigen nannten. Dagegen handelte es sich bei 72,7 % um Zwergparzellen unter 5 Kj (= 2,9 ha), deren Besitzer sich mit schmalen 10,2 % der Nutzfläche begnügen mußten<sup>8</sup> und zusammen mit den völlig besitzlosen agrarischen Schichten das Heer der gut „drei Millionen Bettler“<sup>9</sup> des ländlichen Proletariats bildeten.

Der adelige Ehrenkodex gestattete neben dem traditionell anerkannten Engagement in der politischen Führung des Landes nur leitende Verwaltungstätigkeiten im Industrie- und Bankwesen sowie in der Ministerialbürokratie. Die Anlage von Geldvermögen in Industrieunternehmungen stand ebenfalls nicht in Widerspruch zur Magnatenehre, woraus die für Ungarn eigentümliche enge wirtschaftliche und auch familiäre Verflechtung zwischen grundbesitzendem Adel und Hochfinanz resultierte. Mit dem aristokratischen Selbstwertgefühl nicht zu vereinen war jedoch die eigene unternehmerische Initiative.<sup>10</sup> Träger der Industrialisierung des Landes wurden, da eine magyarisches bürgerliche Schicht im 19. Jahrhundert fehlte, die Juden, deren führende Familien – nur fünfzig werden von der marxistischen Forschung dem ‚Monopolkapital‘ zugerechnet<sup>11</sup> – sich den auf andere gesellschaftliche Schichten ausstrahlenden Normen der Adelselite anpaßten. Die ‚Feudalisierung‘ des Bürgertums äußerte sich u. a. in Konversion zum Christentum, Erwerb landwirtschaftlichen Grundbesitzes und dem Streben nach Erhebung in den Adelsstand.<sup>12</sup>

Für die gesamte Horthy-Ära fällt ein deutliches Übergewicht der politischen Machteliten gegenüber den führenden Industriellenkreisen auf, die auch in den 1920er Jahren, als sie in relativ höchstem Maß in der ungarischen Geschichte auch politischen Einfluß hatten, niemals einen bedeutenden Bestandteil der politischen Elite im engeren Sinne darstellten. Die Unternehmerschaft konnte sich im Gegensatz etwa zum Großgrundbesitz zu keiner Zeit eine quantitativ maßgebende, beständige Interessenvertretung in Parlament und Regierung sichern, übte aber durch ihre engen Verbindungen zur Aristokratie indirekt politischen Einfluß aus, der jedoch in den 30er Jahren durch die Machtverschiebungen innerhalb der Führungseliten kontinuierlich abnahm.<sup>13</sup>

8 Gy. Borbándi, *Der ungarische Populismus*, Mainz 1976, S. 45; B. K. Király, *Democratic Peasant Movements in Hungary in the Twentieth Century*, in: H. Gollwitzer (Hg.), *Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1977, S. 408, Tab. 4.

9 So der Titel des Erfolgsbuchs von Gy. Oláh, *Három millió koldus*, Miskolc 1928, über das Elend der ländlichen Unterschichten.

10 Vgl. dazu J. Kosa, *Hungarian Society in the Time of the Regency (1920–1944)*, in: *Journal of Central European Affairs* 16. 1956, S. 253–65, bes. S. 263.

11 MT 8/2, S. 775.

12 Vgl. dazu die ausführliche Studie von W. O. McCagg, *Jewish Nobels and Geniuses in Modern Hungary*, New York 1972; zusammenfassend ders., *Hungary's „Feudalized“ Bourgeoisie*, in: *Journal of Modern History* 44. 1972, S. 65–78.

13 Dazu ausführlich L. Márkus, *Über den Charakter der herrschenden Elite des Horthy-Re-*

Der dritte Faktor im Machtkartell des Horthy-Regimes war die Bürokratie, der in einem wirtschaftlich und sozial rückständigen Land, in dem der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß von ‚oben‘, durch den Staat, initiiert worden war, eine hohe politische Bedeutung zukommen mußte. Der moderne Verwaltungsstaat war in Ungarn also nicht das Ergebnis, sondern der Initiator und Lenker ökonomischen Fortschritts.<sup>14</sup>

Die Bürokratie rekrutierte sich in ihrem Kern aus dem im 19. Jahrhundert wirtschaftlich abgestiegenen, wegen der Unrentabilität seines mittelgroßen agrarischen Grundbesitzes (100–1000 Kj) hoch verschuldeten gemeinen Adel. Diese von hohem Selbstwertgefühl getragene, sich selbst mit Blick auf England als „Gentry“ (*dzsenti*) bezeichnende adelige Schicht war nun keineswegs bereit, sich etwa durch unternehmerische Initiative aus der ökonomischen Misere zu behelfen: man wollte kein neues Leben anfangen, sondern das alte, wenn auch unter neuen Umständen, fortführen, was nur in Politik und Staatsdienst als in der adeligen Gesellschaft normadäquaten Tätigkeiten möglich war. Die Folge war eine im Verhältnis zum sozioökonomischen Entwicklungsgrad Ungarns enorm aufgeblähte Bürokratie, die aus Gründen der Selbsterhaltung, aus etatistischem Eigeninteresse, existentiell auf die Aufrechterhaltung und Stützung des Großgrundbesitzes wie auch auf eine verstärkte Industrialisierung angewiesen war.<sup>15</sup>

Die Gentry mit ihren adeligen Normen und Verhaltensweisen ging fast vollständig in der ‚politischen Klasse‘ der Beamtenschaft auf. Die in wachsendem Maße auch in die oberen Ränge der Bürokratie vorstoßenden, akademisch gebildeten Bürgerlichen übernahmen als soziale Aufsteiger die vorgegebenen adeligen Normen, so daß sich ein gemeinsames, sehr ausgeprägtes, maßgeblich am Adel orientiertes Standesbewußtsein der Beamtenschaft herausbildete, das bis in die unteren, materiell sehr schlecht gestellten Besoldungsgruppen reichte.<sup>16</sup>

Politisch war die Bürokratie in der Horthy-Zeit von ausschlaggebender Bedeutung, da die Rekrutierung der Führungseliten wesentlich über sie verlief: der Hauptzugang zu den politisch wichtigen Positionen in Regierung, Ministerien und Komitaten, aber auch zum Parlament, führte über die Verwaltung; die Rolle der Regierungspartei, die noch ganz dem Typ einer nur in Wahlzeiten aktiven Honoratiorenpartei entsprach, war demgegenüber sekundär. Die Analyse der Biographien von 803 Abgeordneten der

gimes, in: Acta Historica (= AH) 18. 1972, S. 119–47; M. Stier, Uralkodó elit, kormányzati hatalom – kormányzó réteg a Horthy-korszakban („Herrschende Elite, Regierungsmacht – Regierungsschicht in der Horthy-Ära“), in: Századok (= Sz) 117. 1983, S. 434–43.

14 Diese These illustriert für Ungarn A. C. Janos, *The Politics of Backwardness in Hungary 1825–1945*, Princeton 1982; eine Zusammenfassung vgl. ebd., S. 313 ff.

15 Ebd., S. 64 ff., 92 ff.

16 Vgl. dazu ebd., S. 110, Tab. 8, S. 250 f.; Batkay, S. 69; P. Hanák, Skizzen über die ungarische Gesellschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: AH 10. 1964, S. 1–47; I. Pándi, A magyar középosztály kérdéséhez („Zur Frage der ungarischen Mittelklasse“), in: Sz 99. 1965, S. 132–51.

Jahre 1922–1939 ergab, daß 56,5 % der Parlamentarier ihre politische Laufbahn im öffentlichen Dienst begonnen hatten.<sup>17</sup>

Das Funktionieren eines auf einer dominierenden Regierungspartei beruhenden autoritären Systems hängt entscheidend davon ab, ob dieses in der Lage ist, Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu aggregieren und zu artikulieren, damit sie als ‚inputs‘ in systemnotwendige politische ‚outputs‘ umgewandelt werden können.<sup>18</sup> Das Horthy-Regime gewann seine Identität und Legitimation einmal aus seinem unbedingten Gegensatz zum revolutionären Veränderungswillen der bürgerlichen Republik und der Rätediktatur 1918/19, zum anderen aus dem in allen Parteien und sozialen Gruppen verwurzelten Revisionismus: die Erhebung aus der nationalen Demütigung des Trianoner Vertrags und die Wiederherstellung des Reichs der Stefanskronen<sup>19</sup> waren oberstes Ziel aller ungarischen Regierungen der Horthy-Zeit ungeachtet ihrer personellen und politischen Zusammensetzung. Der von den Führungseliten propagierte sog. „christlich-nationale“ Grundkonsens war keine geschlossene, ausschließliche Gültigkeit fordernde Ideologie, sondern diente als gemeinsamer Nenner der Integration der verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Gruppen. Die Interessenartikulation erfolgte informell durch die enge Verflochtenheit von Regierungspartei, Regierung und Verwaltungsapparat sowie durch die soziale Zugehörigkeit und politische Ausrichtung der Mitglieder ihrer Fraktionen. Die Partei integrierte unter dem bezeichnenden Namen „Einheitspartei“ Großgrundbesitzer, Kleinlandwirte, Beamte, liberale Gruppen aus Handel und Industrie, Legitimisten, rechtsradikale sog. „Rassenschützer“ und die christlich-konservative ‚Mitte‘.<sup>20</sup>

Horthy-Ungarn stellt, faßt man seine bisher skizzierten Züge zusammen, eine nahezu idealtypische Verkörperung eines autoritären Regimes dar. Ein autoritäres System definiert sich nach Linz durch einen mehr oder weniger ‚begrenzten‘ Pluralismus, der von einem relativ diffusen, politische Einheit fordernden ideologischen Konsens getragen wird. Es beruht auf der Übereinstimmung durchaus heterogen zusammengesetzter traditioneller Machteliten einerseits und der politischen Apathie bzw. passiven Zustimmung der Bevölkerung andererseits. Während in der Formierungsphase nach einem krisenhaften politischen Zusammenbruch eine gewisse soziale und politische Mobilisierung erforderlich ist, wird die weitgehende ‚Entpolitisierung‘ der Massen zum wesentlichen Charakteristikum konsolidierter autoritärer Regime. Dem entsprechen Stellung und Funktion der Einheits- oder dominanten Regierungspartei: gebildet meist von ‚oben‘ durch Militär

17 Janos, S. 213; Batkay, S. 53, 58; Hanák, S. 18.

18 Vgl. dazu S. P. Huntington, *Social and Institutional Dynamics of One-Party Systems*, in: ders. u. C. H. Moore (Hg.), *Authoritarian Politics in Modern Society: The Dynamics of Established One-Party Systems*, New York 1970, S. 6.

19 Der ungarische Nationsbegriff war weniger ethnisch als historisch bestimmt.

20 Zum integrativen Charakter der Einheitspartei vgl. insbesondere Batkay, S. 65 ff., 99f.

oder Bürokratie erst *nach* dem Antritt der neuen Machthaber, birgt sie ein begrenzt pluralistisches Gefüge verschiedener sozialer und politischer Gruppen. Sie stellt dabei keineswegs eine ideologisch geschlossene Monopolorganisation dar, sondern ist ein Faktor (und nicht einmal der wichtigste) unter mehreren politischen Entscheidungsträgern. Folglich verdanken sowohl autoritäre Führerpersönlichkeit als auch die regimetragenden Eliten ihre Legitimation und Machtstellung nicht der Partei und stehen mit dieser allenfalls in loser Verbindung.<sup>21</sup>

Entsprechend seinem pragmatischen, absorptiven Charakter reagierte das politische System Horthy-Ungarns auf politisch bedrohliche oder unliebsame Kräfte. Nicht zu integrierende, systemsprengende Gruppen wie die Kommunisten unterdrückte man mit Hilfe des Gesetzes III/1921 gegen Bestrebungen zum Umsturz der ‚rechtmäßigen‘ Ordnung in Staat und Gesellschaft. Die anderen wurden, was viel erfolgversprechender war und auch den adeligen Normen entgegenkam, in Regierungspartei oder politisches System integriert, ‚eingerahmt‘ und damit politisch neutralisiert. So wurde z. B. durch einen Geniestreich Bethlens die Kleinlandwirtepartei, die mit der Forderung nach einer umfassenden Agrarreform 1920 die Wahlen zur Nationalversammlung gewonnen hatte, im Februar 1922 durch die Fusion mit den ‚christlich-nationalen‘ Kräften zur systemtragenden Regierungspartei ‚entschärft‘: die konservativen Großgrundbesitzer ‚integrierten‘ die reformfreudigen kleinen Landwirte in einem Ausmaß, daß diese als gestaltende politische Kraft ausschieden, und die immerhin als Gesetz verabschiedete Bodenreform endgültig auf das tote Gleis geriet.<sup>22</sup>

Neutralisiert und in das politische System, wenn auch natürlich nicht in die Regierungspartei, integriert wurde auch der reformistische Flügel der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, denen der geheim gehaltene ‚Bethlen-Peyer-Pakt‘ mit der Regierung Ende 1921 legale Betätigung garantierte, wenn sie dafür zur loyalen Kooperation mit politischer Führung und Unternehmerschaft bereit seien, die Kontinuität der Produktion insbesondere im Bergbau nicht gefährdeten sowie sich politischer Streiks und der Organisierung der Landarbeiterschaft enthielten. Zudem blieb jede gewerkschaftliche Betätigung im Bereich von Bahn, Post und öffentlichem Dienst verboten.<sup>23</sup> Die Sozialdemokratie, die nach der blutigen

21 J. J. Linz, An Authoritarian Regime: Spain, in: E. Allardt u. S. Rokkan (Hg.), *Mass Politics. Studies in Political Sociology*, New York 1970, S. 253 ff., besonders S. 255 f., 259, 264 f., 269 f.

22 Zur Kleinlandwirtepartei ausführlich B. v. Krusenstjern, *Die ungarische Kleinlandwirtepartei (1909–1922/29)*, München 1981; überblicksweise A. Toth, Ungarn: Art. Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter, in: F. Wende (Hg.), *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart 1981, S. 743 f. Erst 1930 wurde die Unabhängige Kleinlandwirtepartei als Oppositionspartei neu gegründet, vgl. ebd., Art. Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, S. 762 ff.

23 Der Text des Abkommens ist abgedruckt bei L. Réti, A Bethlen-Peyer paktum („Der Bethlen-Peyer-Pakt“), in: *Sz* 84. 1950, S. 77 ff.; zusammenfassend Macartney, I, S. 43 f.

Frühphase des Horthy-Regimes nicht grundlos die vollständige Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen befürchtete, akzeptierte diese Bedingungen und wurde damit auf eine für Staat und Regierung ungefährliche Opposition reduziert, die in den 1930er Jahren auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft als Alternative zur Regierungspolitik ausschied. Die Fähigkeit zur Einleitung durchschlagender Veränderungen wurde dann nicht mehr auf der (liquidierten oder neutralisierten) Linken, sondern auf der radikalen Rechten vermutet.

In der integrativen, ‚pluralistischen‘ Struktur von Regierungspartei und Horthy-System lag jedoch auch ihre politische Schwäche begründet: die Umsetzung systemrelevanter Interessen-inputs in politische Entscheidungen wurde durch die schmale ultrakonservative Führungselite aus Aristokratie, Hochfinanz und hoher Beamtenschaft und ihr Hauptziel der Bewahrung des politischen und gesellschaftlichen Status quo verhindert.<sup>24</sup> Folglich waren Regierungspartei wie politisches System doppelt gefährdet: zum einen von ‚innen‘, wenn eine oder mehrere der integrierten Interessengruppen sich nicht länger vom tonangebenden Kartell majorisieren lassen wollte(n); zum anderen von ‚außen‘, wenn infolge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung neue Parteien oder Bewegungen entstanden, die systemextern auftraten und aus sozialen, politischen oder strukturellen Gründen nicht integriert werden konnten bzw. dies auch gar nicht wollten.

Die interne Krise macht sich bereits in der Frühphase der Horthy-Ära bemerkbar. Das von den Kriegsfolgen wirtschaftlich hart betroffene, durch den Trianoner Vertrag enorm verkleinerte Nachkriegs-Ungarn wurde konfrontiert mit steigenden Zahlen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (1910\* auf dem Gebiet Trianon-Ungarns: 111 812; 1920: 151 613; 1930: 176 804; ohne Bahn, Post u. ä.) sowie der Rentner und Pensionäre (1910\*: 31 392; 1920: 64 669; 1930: 135 372).<sup>25</sup> Aus den Nachfolgestaaten strömten insbesondere die im öffentlichen Sektor tätigen Ungarn ins Kernland (offizielle Zahl der Flüchtlinge: 350 000),<sup>26</sup> das nun vor dem Problem ihrer Aufnahme in den Staatsdienst bzw. ihrer finanziellen Versorgung im Ruhestand stand. Der öffentliche Dienst mußte folglich überproportionale Einkommenseinbußen hinnehmen: das Realeinkommen betrug im Dezember 1920 im Vergleich zum Vorkriegsstand (1913 = 100) für ungelernete Arbeiter 62,2 %, für Facharbeiter 47,9 %, für Privatangestellte 20,6 %, für Beamte 19,6 % und für Offiziere 19,1 %. In der Folgezeit erhöhten sich die staatlichen Gehälter nur zögernd und geringfügig.<sup>27</sup>

24 Dazu auch Batkay, S. 68 f., 100 f.

25 Volkszählung 1941, Bd. 3, S. 105, 117.

26 O. Szabolcs, *Köztisztviselők az ellenforradalmi rendszertársadalmi bázisában, 1920–1926* („Beamte in der gesellschaftlichen Basis des gegenrevolutionären Systems, 1920–1926“), Budapest 1965, S. 122.

27 Ebd., S. 64 f. Zur Entwicklung der Beamtengehälter bis 1928 vgl. ebd., S. 68, 105, 110; übernommen (leider mit erheblichen Druckfehlern) bei Janos, S. 249, Tab. 32.

Die Angehörigen des aufgeblähten bürokratischen Apparates erlebten also eine Pauperisierung bisher unerhörten Ausmaßes, die zudem in krassem Widerspruch stand zu ihrem „gentroiden“ Selbstverständnis. Die Folge war eine politische Radikalisierung insbesondere der mittleren und unteren Offiziere und Beamten, die die Ablösung des konservativen Machtkartells forderten. Sie konnten jedoch nach den Wirren der ersten Nachkriegsjahre durch Bethlens geschickte Konsolidierungspolitik noch einmal aufgefangen und nach der bewährten Methode in Regierungspartei und Verwaltung reintegriert und politisch neutralisiert werden.<sup>28</sup> Die Krise der politischen Elite schwelte allerdings weiter und verschärfte sich durch die Schwemme stellungsloser Akademiker, denen der Zugang zum öffentlichen Dienst versperrt war. Das Problem war dabei weniger die Zahl der Hochschulabgänger als die einseitig auf den Staatsdienst ausgerichtete Wahl der Studienfächer: 50 % der Universitätsabschlüsse lagen in den Rechts- und Staatswissenschaften sowie den Lehrberufen.<sup>29</sup>

Mit der Erschütterung durch die Weltwirtschaftskrise brach die interne Krise erneut auf. Die politische Elite spaltete sich in zwei Lager, die traditionelle, ultrakonservative „alte Rechte“ der Bethlen-Linie und die radikale „neue Rechte“, die mit Gömbös (1932–1936) erstmals einen Ministerpräsidenten stellte. Gleichzeitig entstanden jetzt jedoch ‚systemexterne‘, politisch zunächst bedeutungslose rechtsextreme Splitterparteien, die sich mit Blick auf Deutschland explizit als „nationalsozialistisch“ verstanden<sup>30</sup> und sich nach Gömbös' Scheitern und plötzlichem Tod zur systemgefährdenden Massenbewegung der Pfeilkreuzler formierten: ein neuartiger, den engen Rahmen des Horthy-Systems sprengender Parteityp betrat die politische Bühne des Landes.

Das Scheitern Bethlens vor der Weltwirtschaftskrise, der immer lauter werdende Ruf nach einer durchgreifenden Änderung der politischen Richtlinien, nicht zuletzt auch die Angst der konservativen Machteliten vor einer Mobilisierung der Massen und dem Ausbruch einer Revolution veranlaßten den Reichsverweser, Gömbös, der seit der Frühzeit der Horthy-Ära der prononcierte Vertreter des radikalen rechten Flügels der Regierungspartei war, zum Ministerpräsidenten zu ernennen. In Kabinett und Parlament zur Sicherheit ‚eingerahmt‘ von einer Mehrheit der Konservativen, gelang es ihm jedoch, seine kleine, aber sehr aktive Hausmacht kontinuierlich auszubauen.

Gömbös, mit dem ein völlig neuer politischer Stil in Ungarn Einzug hielt, erstrebte ein nach dem Führerprinzip diktatorisch regiertes System, in dem durch staatliche Sozialpolitik, Liquidierung der Arbeiterbewegung und der Oppositionsparteien sowie die Errichtung einer korporativen Gesellschaftsordnung die Klassengegensätze zugunsten einer harmonischen

28 Vgl. dazu einige Beispiele ebd., S. 208 f.

29 Volkszählung 1941, Bd. 3, S. 87.

30 Vgl. zusammenfassend Toth, Art. Nationalsozialistische Parteien, S. 750 f.

‚Volksgemeinschaft‘ beseitigt würden. Dieses Ziel glaubte er mit Hilfe einer starken, über einen ausgebauten Funktionärsapparat verfügenden Massenpartei durchsetzen zu können, wobei er sich an den Vorbildern Mussolinis und Hitlers orientierte. Bezeichnenderweise rief er jedoch zur Realisierung seiner Pläne keine eigene politische Bewegung ins Leben, sondern wählte die bereits vorhandenen, politisch und sozial vom konservativen Establishment geprägten Institutionen, Einheitspartei und Verwaltung, als Plattform und Ausgangsbasis. Er versuchte, die in „Partei der Nationalen Einheit“ umbenannte Regierungspartei von einer reinen Honoratioren- in eine moderne Funktionärs- und Massenpartei mit Abteilungen für Propaganda, Organisation, Volkserziehung, Sozialwesen usw. umzuorganisieren; den ausgebauten Parteiapparat besetzte er mit seinen Leuten, um so die ihn behindernden konservativen Bollwerke in Regierung, Parlament und Verwaltung zu umgehen und zu entmachten.

Im Gegensatz zu ihrer weitgehend passiven Rolle in der Bethlen-Ära spielte die Regierungspartei in Gömbös' Plänen einen aktiven politischen Part als Instrument seiner Machtausübung und der Systemveränderung. Sie mußte jedoch erst über politische Macht verfügen, um als Entscheidungsträger in Frage zu kommen. Ein erster Schritt in diese Richtung war der Versuch Gömbös' 1935, durch die Betrauung der jeweils höchsten regionalen und lokalen Verwaltungsbeamten mit der Leitung des entsprechenden Parteiamts diese aus der alleinigen Weisungsbefugnis der Zentralregierung herauszulösen und für sich als Führer der straff von oben nach unten umzuorganisierenden Regierungspartei verfügbar zu machen. Diese geplante Politisierung des Verwaltungsapparates und seine Unterordnung unter die ‚Staatspartei‘ scheiterten jedoch am vehementen Widerstand der Konservativen in Regierung und Komitatsbürokratie, die derartige Konzeptionen als ‚kollektivistisch‘ ablehnten. Ein neues Parteistatut unter Gömbös' Nachfolger Darányi (1936–1938) schaffte sogar den zentralen Funktionärsapparat wieder ab und reduzierte die Regierungspartei erneut auf ihre traditionellen Honoratiorenstrukturen.<sup>31</sup>

Dieser Mißerfolg Gömbös' macht das Dilemma der „neuen Rechten“ ganz deutlich, aus dem sie sich bis zum Ende der Horthy-Ära nicht befreien konnte: sie griff zur Erreichung ihrer Ziele, die ideologisch und politisch Mussolini, später Hitler sehr nahe kamen, auf traditionelle Institutionen und Methoden zurück, versuchte also, eine Art ‚Faschismus von oben‘ durchzusetzen. Gömbös scheiterte nicht nur am Widerstand der konservativen Eliten, sondern auch am inneren Widerspruch der „neuen Rechten“. Eine faschistische Partei beruht auf einer Bewegung politisch mobilisierter Massen und läßt sich nicht von ‚oben‘, nach typisch autoritärem Muster, auf

31 Zu diesem Abschnitt über Gömbös vgl. besonders M. Stier, *A kormánypárt fasiszta jellegű átszervezésének csődjéhez, 1935–1936* („Zum Scheitern der Umorganisation der Regierungspartei nach faschistischem Modell, 1935–1936“), in: *Sz* 105. 1971, S. 696–708; auch *MT* 8/1, S. 688 f., 712 ff.; Janos, S. 288 ff.

einem vom Adel geprägten, traditionellen Verwaltungsapparat organisieren. Der faschistische Bewegungskarakter ist mit der Statik eines bürokratischen Gefüges nicht vereinbar. Darüber hinaus war gerade die ungarische Verwaltung grundlegender Bestandteil eines politischen Systems, das existentiell von der Verhinderung einer politischen Mobilisierung und Partizipation der Massen abhing, während dies für eine faschistische Partei und ihre Ziele gerade konstitutiv ist. Gömbös' im Grunde konservatives Konzept führte denn auch nicht zum Erfolg: trotz entsprechender Werbekampagnen hielten sich die Massen von dieser alten Partei im neuen Gewande fern.<sup>32</sup>

Auch ihre soziale Herkunft im wesentlichen aus Verwaltung und Armee belegt, daß die radikale „neue Rechte“ in Ungarn viel konservativer und traditioneller war als die bewunderten deutschen und italienischen Vorbilder; sie blieb Bestandteil der überkommenen Machtelite und erstrebte unter ihrer Parole der „Wachablösung“ eine die Massen letztlich ausgrenzende Einparteiendiktatur im partiell revidierten alten System, in dem die historischen Entscheidungsträger der konservativen „alten Rechten“ in Politik und Wirtschaft ersetzt würden von der neuen Generation der Radikalen („exclusionary one-party system“).<sup>33</sup>

In den Folgejahren verschoben sich die Gewichte in Regierung, Parlament und Verwaltung kontinuierlich zugunsten der „neuen Rechten“. Die Spaltung der politischen Elite verlief nicht nur horizontal, indem junge Radikale in niederen Dienstgraden alten Konservativen auf den höheren Posten gegenüberstanden, sondern auch vertikal: junge Radikale waren durch Gömbös', später Imrédys Protektion auch in Spitzenpositionen gelangt, so daß es ‚konservative‘ (Innenministerium, politische Polizei) und ‚radikale‘ (Verteidigungsministerium, Gendarmerie) Bastionen gab.<sup>34</sup> Der rechte Flügel der Regierungspartei verdrängte im Parlament den konservativen, bis es 1939 nur noch eine quantitativ unbedeutende Zahl von Abgeordneten der alten Bethlen-Linie gab.<sup>35</sup> Die politische Machtlosigkeit des Parlaments, die sich mit dem Ausnahmerecht für die Regierung nach Kriegsausbruch noch vergrößerte, die konservativen Bollwerke in Oberhaus und Bürokratie sowie insbesondere die hohe politische Bedeutung informeller gesellschaftlicher Verbindungen und der Kamarilla um den zentralen Reichsver-

32 Zur Unterscheidung zwischen „radikaler Rechten“ und „Faschisten“ vgl. auch S. G. Payne, *Fascism. Comparison and Definition*, Madison 1980, S. 16 f., 20 f. N. M. Nagy-Talavera, *The Green Shirts and the Others. A History of Fascism in Hungary and Rumania*, Stanford 1970, S. 76 f., schreibt in Zusammenhang mit Gömbös von einem „thoroughly class-orientated, conservative fascism“.

33 S. P. Huntington u. C. H. Moore, *Conclusion. Authoritarianism, Democracy and One-Party Politics*, in: dies., S. 510.

34 Dazu Janos, S. 294 f.

35 Ausführlich dazu die Studie von P. Sipos u. a., *Változások a kormánypárt parlamenti képviseletének összetételében, 1931–1939* (Veränderungen in der Zusammensetzung der Parlamentsvertretung der Regierungspartei, 1931–1939), in: Sz 101. 1967, S. 602–20.

weser verhinderten jedoch, daß das quantitative Gewicht der „neuen Rechten“ sich unmittelbar in Politik und Verwaltung niederschlug.

Im Gegensatz zum sog. ‚Faschismus von oben‘, der sich von den traditionellen sozialen, politischen und institutionellen Vorgaben nicht zu lösen vermochte, entsprach die Massenbewegung der Pfeilkreuzler durchaus dem faschistischen Bewegungs- und Parteitypus. Schon die politischen Anfänge ihres bedeutendsten Führers, Ferenc Szálasi, unterschieden ihn von den Männern der „neuen Rechten“: der Generalstabsoffizier Szálasi ließ sich zum 1. 3. 1935 in den Ruhestand versetzen, d. h. er schied freiwillig aus dem sicheren Staatsdienst aus, um eine eigene Partei und Bewegung außerhalb und gegen Regierung und System zu gründen. Ein Angebot des Ministerpräsidenten Gömbös 1934 auf ein garantiertes Parlamentsmandat, eine gut bezahlte Stellung und die Einsetzung als Organisationsleiter der Regierungspartei lehnte er bezeichnenderweise ab:<sup>36</sup> die bewährte Taktik der Integration und damit Disziplinierung und Neutralisierung politischer ‚Abweichler‘ schlug in diesem Fall fehl. Szálasi wollte als Führer einer Massenbewegung explizit eine spezifisch ungarische Form des Nationalsozialismus,<sup>37</sup> den „Hungarismus“, verwirklichen, die ganze Macht von ‚unten‘ erobern und durch eine ‚konstruktive Revolution‘ der mobilisierten Massen ein neues politisches System im Donau-Karpaten-Becken errichten („revolutionary one-party system“<sup>38</sup>).

Es erübrigt sich an dieser Stelle, die von Verboten, Fusionen, Abspaltungen gekennzeichnete Parteigeschichte von Szálasis Pfeilkreuzlern oder „Hungaristen“, wie sie sich selber nannten, wiederzugeben. Aufgrund des lange Zeit hindurch geringen Organisationsgrades – man verstand sich eher als Bewegung denn als Partei –, der illegalen Untergrundarbeit und der zahlreichen Geheimmitgliedschaften beruhen die Angaben über die stark schwankende Zahl der Mitglieder zumeist auf Schätzungen. Auf dem Höhepunkt ihrer Stärke, 1939, darf man relativ sicher um die 250 000 organisierte Mitglieder annehmen, für die Verhältnisse Horthy-Ungarns (1939 innerhalb der Trianoner Grenzziehung gut 9 Millionen Einwohner) eine erstaunlich hohe Zahl.<sup>39</sup>

36 Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München: Szálasi-Tagebuch, 1918–8. 10. 1936, S. 12 f.

37 Bei Szálasi wie auch den anderen Pfeilkreuzlerführern ist nie die Rede von Faschismus, sondern nur von Nationalsozialismus: nur durch einen ‚sozialistischen Nationalismus‘ u. ‚nationalen Sozialismus‘ sei der hungaristische Zukunftsstaat zu erbauen, vgl. z. B. „Ut és cél“, 1938, in: Szálasi Ferenc alapvető munkája és a munkás-, paraszt- és értelmiségi nagytanácson elmondott beszédei („Das grundlegende Werk von Ferenc Szálasi u. seine Reden vor dem Arbeiter-, Bauern- u. Akademikergroßrat“), Munro/Buenos Aires 1959, S. 42.

38 Huntington u. Moore, S. 510.

39 M. Lackó, Nyilasok, nemzetiszocialisták 1935–1944 („Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten 1935–1944“), Budapest 1966, S. 126. (Eine gekürzte englische Übersetzung dieser Studie erschien 1969 unter dem Titel „Arrow-Cross Men, National Socialists 1935–1944“.) Zwar lag die Einwohnerzahl nach zwei territorialen Revisionen 1938 u. 1939 bei knapp 11

Dieser Erfolg war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Szálasi als erster und einziger Pfeilkreuzlerführer nach einer Deutschlandreise 1936 das Schwergewicht seiner Propaganda in die Städte und speziell auf die Arbeiterschaft verlegte. „Szálasi organisiert in Budapest eine Arbeiterbewegung“, meldeten die Gendarmerieberichte Anfang 1937 alarmiert.<sup>40</sup> Nachdem die älteren Pfeilkreuzlerparteien in der fernen Provinz aktiv gewesen waren, entstand nun auch mitten in der Hauptstadt eine Massenpartei, die durch eine bisher unbekannte sozialrevolutionäre Agitation gezielt untere soziale Schichten ansprach.

Auch im Horthy-System mit seinem undemokratischen Wahlrecht war es nicht möglich, die Pfeilkreuzler auf Dauer aus dem Parlament fernzuhalten. Sie erzielten bei den Wahlen 1939 ein erdrutschartiges Ergebnis, so daß Bethlen in einem Zeitungskommentar die Situation mit dem „Dammbruch“ von 1918 verglich.<sup>41</sup> Von den insgesamt 260 Mandaten entfielen auf die verschiedenen Pfeilkreuzlerparteien bzw. parteilosen Abgeordneten 49 (1935: 2), davon auf Szálasis NYKP (Nyilaskeresztes Párt, ‚Pfeilkreuzpartei‘) 31, während die ohnehin schwachen linken Oppositionsparteien stark verloren: die Mandate der Unabhängigen Kleinlandwirte fielen von 25 auf 14, die der nur in den Städten kandidierenden Sozialdemokraten von 11 auf 5.<sup>42</sup>

Betrachtet man, um die politischen Kräfteverhältnisse hinter der verzerrenden Mandatsverteilung freizulegen, den Prozentsatz an Stimmen, so entfielen auf die Regierungspartei 50 % (aber 70 % der Sitze), auf die Kandidaten der Pfeilkreuzler 25 % (über 900 000 Stimmen), auf die Kleinlandwirte 15 % (580 000) und auf die Sozialdemokraten 4 % (120 000).<sup>43</sup> Besonders schockierend waren für letztere ihre Einbußen in Budapest: sie, die 1922 40 %, 1935 immerhin noch 22 % der hauptstädtischen Wähler für sich gewonnen hatten, fielen 1939 auf 11,9 % (3 Mandate) zurück, während die NYKP 24,8 % (9 Mandate) erhielt und damit der Regierungspartei mit 32,5 % (10 Mandate) gefährlich nahe kam.<sup>44</sup>

Eine Analyse des Sozialprofils der Pfeilkreuzler-Wählerschaft belegt, daß diese – mit einziger Ausnahme der Juden – Wähler aus allen sozialen Schichten für sich mobilisieren konnten.<sup>45</sup> Dabei lag ein gewisser Schwer-

Millionen, doch konnten in diesen Gebieten die Pfeilkreuzler aufgrund der kurzen Zeit der Rückgliederung u. der strengen staatlichen Verwaltung 1939 nur in Ansätzen Fuß fassen.

40 Zit nach ebd., S. 68.

41 Pesti Napló, 8. 6. 1939, zit. nach P. Sipos, Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja (‚Béla Imrédy u. die Partei der Ungarischen Erneuerung‘), Budapest 1970, S. 123.

42 MT 8/1, S. 710 f., 8/2, S. 993. Lackó, S. 167 f., weist Druckfehler auf.

43 Ebd., S. 169.

44 Ebd., S. 170 f., 177. Das exakte Wahlergebnis für Budapest vgl. Források Budapest történetéhez 1919–1945 (‚Quellen zur Geschichte von Budapest 1919–1945‘), Hg. J. Szekeres, Budapest 1972, Nr. 220, S. 472.

45 Vgl. dazu insbesondere die aufschlußreiche Studie von Gy. Ránki, The Fascist Vote in Budapest in 1939, in: S. Larsen u. a. (Hg.), Who Were the Fascists? Social Roots of European Fascism, Bergen 1980, S. 401–16.

punkt auf den städtischen und ländlichen Unter- und unteren Mittelschichten, denen die existierenden Parteien und Verbände bisher keine Interessenvertretung bieten können, wie z. B. Handwerkern, kleinen Händlern, Land- und Bergarbeitern, Zwergbauern u. ä. Die in den engen Rahmen der „Herrengesellschaft“ Horthy-Ungarns nichtintegrierten, jedoch politisch mobilisierten Sozialgruppen suchten und fanden in der NYKP Möglichkeiten der Integration und politischen Partizipation. Nicht zuletzt durch ihren Rückhalt in den Reihen des Industrieproletariats gelang den Pfeilkreuzlern der Durchbruch zur systemgefährdenden Massenbewegung: ihre Wahlerfolge gerade in den proletarisch geprägten Bezirken Budapests und seinen Arbeitervorstädten lagen weit über dem Durchschnitt. Die NYKP sprengte als einzige Massenintegrationspartei modernen Typs in einem politischen System, in dem es sonst entweder nur in Wahlzeiten aktive Honoratiorenparteien (z. B. Regierungspartei) oder gruppengebundene Interessenparteien (z. B. Sozialdemokraten, Kleinlandwirte) gab, alle gruppenspezifischen Fesseln und machte sich zum Auffangbecken und Sprachrohr des Protests zahlreicher, mit den bestehenden Verhältnissen aus den unterschiedlichsten Gründen unzufriedener, zuvor oft politisch passiver Gruppen. Diese Funktion als Protestpartei erklärt sowohl ihren rasanten politischen Aufstieg innerhalb weniger Jahre als auch ihre breite, jedoch instabile, starken Fluktuationen unterworfenen Basis. Innerhalb der faschistischen Elite (Beispiel: Abgeordnete 1939) ging der Anteil der unteren sozialen Klassen erheblich zurück, doch rekrutierte sie sich großenteils aus „out-groups“, die, im Gegensatz zum „in-group“-Charakter der „neuen Rechten“, bisher nicht Teil der traditionellen politischen und Verwaltungsmaschinerie gewesen waren:<sup>46</sup>

Tab. 1:

Mandate	Pfeilkreuzler 49		Reg.partei 178		Parlament 295	
<b>Berufsgruppen</b>						
I. Unternehmer	–		2	1,1 %	3	1,0 %
Direktoren	1	2,0 %	3	1,7 %	4	1,4 %
II. Freie Berufe	17	34,7 %	35	19,7 %	68	23,1 %
davon Rechtsanwalt	9	18,4 %	21	11,8 %	40	13,6 %
III. Beamte, Militärs, Angestellte:						
Beamte	1	2,0 %	37	20,8 %	47	15,9 %
Offiziere	8	16,3 %	12	6,7 %	20	6,8 %

<sup>46</sup> Die Statistik wurde erstellt aus den Daten in: Országgyűlési almanach. Az 1939–44. évi országgyűlésről („Parlamentsalmanach 1939–1944), Hg. I. Haeffler, Budapest (1940), S. 96 ff., 107 ff. In der Gesamtzahl der Abgeordneten sind die ernannten, nicht gewählten Vertreter der wiederangeschlossenen Gebiete enthalten. Zum „out-group“-Charakter der Pfeilkreuzlerelite vgl. auch Janos, S. 281 ff.; MT 8/2, S. 1188f.

Mandate	Pfeilkreuzler 49		Reg. partei 178		Parlament 295	
Geistliche	2	4,1 %	4	2,2 %	20	6,8 %
Univ.-Prof., -dozent	–		8	4,5 %	8	2,7 %
Lehrer	3	6,1 %	1	0,6 %	6	2,0 %
Angestellte	8	16,3 %	12	6,7 %	22	7,5 %
Gewerkschafter	–		–		3	1,0 %
IV. Handwerker	1	2,0 %	1	0,6 %	4	1,4 %
Händler	–		1	0,6 %	1	0,3 %
V. Landwirtschaft						
Grundbesitzer	4	8,2 %	45	25,3 %	59	20,0 %
Landwirt, Kleinbauer	2	4,1 %	11	6,2 %	22	7,4 %
Landw. Interessenvertreter	–		5	2,8 %	5	1,7 %
VI. Arbeiter	2	4,1 %	1	0,6 %	3	1,0 %
	49		178		295	

Während auch in der von der „neuen Rechten“ dominierten Regierungspartei das soziale Schwergewicht auf der für Horthy-Ungarn typischen Elite aus Grundbesitzern und Beamten lag, dominierten unter den Pfeilkreuzlern die freien Berufe, gefolgt von den Privatangestellten und einem überproportionalen Anteil politisierender Militärs, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei den Dienst quittieren mußten.

Neben der abweichenden Berufsstruktur erweist auch der im Verhältnis zur konservativen (1921–1932) wie radikalen Ära (1932–1944) niedrige Anteil der sog. „historischen Klassen“ (Aristokratie, Gentry) an der faschistischen Elite deren „out-group“-Charakter; die in der Gömbös-Ära begonnene Zurückdrängung des Adels aus der politischen Führung des Landes setzte sich unter den Pfeilkreuzlern verstärkt fort:<sup>47</sup>

Tab. 2:

	Abg. d. Reg. partei 1921–1932		Abg. d. Reg. partei 1932–1944		Pfeilkreuzler 1940	
Aristokratie	28	8,9 %	31	8,9 %	2	4 %
Gentry	138	43,9 %	112	32,2 %	12	24 %
Bürgerlicher	135	43,0 %	189	54,3 %	34	68 %
unbekannt	13	4,2 %	16	4,6 %	2	4 %
	314		348		50	

Parallel dazu verschob sich die Altersstruktur zugunsten der jüngeren Parlamentsmitglieder. Während die Gruppe der bis zu 40jährigen unter

47 Janos, S. 281, 284, Auszüge aus Tab. 38 u. 40.

den Abgeordneten der Regierungspartei am Ende der konservativen Bethlen-Ära nur 7,9 % ausgemacht hatte, stieg sie 1935 unter dem Vordringen der „neuen Rechten“ auf 27,6 %, um 1939 erneut auf 15,8 % zu sinken. Demgegenüber rekrutierten sich die Abgeordneten der Pfeilkreuzler in vergleichsweise höchstem Maße, nämlich zu 38 %, aus dieser jüngeren Altersgruppe.<sup>48</sup>

Das nachfolgende Schema erstellt zusammenfassend eine Typologie der ungarischen Rechten und extremen Rechten:

	konservative „alte Rechte“	radikale „neue Rechte“	Pfeilkreuzler
Vertreter	Bethlen	Gömbös, Imrédy	Szálasi
soziale Basis	adeliger Großgrundbesitz, Hochfinanz, hohe Beamte/Militärs	radikalisierte Beamte/Militärs	soziale und politische „outgroups“; Massen
Parteityp	Honoratiorenpartei	„Funktionärspartei“ von oben	Massenpartei von unten
Parteiensystem	formales Mehrparteiensystem	„exclusionary one-party system“	„revolutionary one-party system“
politische Plattformform	Regierungspartei, Verwaltung	Regierungspartei (bzw. Abspaltung), Verwaltung	Neugründung von Parteien; „Bewegung“
Rolle der Massen	keine	passive Unterstützung der politischen Elite	aktive Herbeiführung der nationalsozialistischen Revolution

Angesichts ihrer systemsprengenden Dynamik stellt sich die Frage, warum es der Pfeilkreuzlerbewegung nicht gelang, aus eigener Kraft die Macht zu erobern; sie wurde erst kurz vor dem militärischen Zusammenbruch im Oktober 1944 als letzte Karte von den Deutschen ausgespielt.

Zunächst kam im zwar krisengeschüttelten, jedoch noch durchaus funktionstüchtigen autoritären Horthy-System der quantitativen Stärke einer Partei und den parlamentarischen Kräfteverhältnissen bei weitem nicht das politische Gewicht zu wie in einer Demokratie. Das Wahlrecht sicherte der Regierungspartei eine stabile, kaum zu erschütternde Mehrheit; auch bei den ‚Erdrutschwahlen‘ 1939 erhielt sie über 180 der 260 Mandate. Das Parlament war zudem nur ein politischer Nebenschauplatz zur Legitimationsbeschaffung: die unbestreitbar populäre politische Zentralfigur war der Reichsverweser Horthy, der die Regierung ernannte und auch jederzeit entlassen konnte und aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Stellung zum entscheidenden Faktor jener Jahre wurde. Die Männer um Horthy, die sein

48 Ebd., S. 280, Tab. 36, 285. Nach ebd., S. 284 f., sei „ethnic marginality“ der vierte Indikator für den „out-group“-Charakter der Pfeilkreuzler, doch kann man Janos' Argumentation hier weder methodisch noch inhaltlich folgen.

Vertrauen besaßen (z. B. Bethlen), das politische Verhalten von Ministerialbürokratie, Ordnungskräften und Armeeführung, gesellschaftliche Verbindungen, Traditionen usw., also informelle Faktoren, waren in der politischen Realität wichtiger als das Parlament. Dies galt noch mehr für die Jahre des Zweiten Weltkriegs, als die Regierung durch Gesetz II/1939 über weitgehende Ausnahmerechte verfügte (Regieren durch Verordnung), und die ohnehin nur begrenzt gültigen politischen Grundrechte (Presse-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit usw.), damit aber der notwendige Aktionsspielraum einer auf die Mobilisierung der Massen angewiesenen Partei noch weiter eingeschränkt bzw. aufgehoben waren. In die exklusive „ingroup“ der informellen politischen Entscheidungsträger konnten die Pfeilkreuzler niemals oder nur in geringem Ausmaß vordringen, sie blieben daher letztlich eine marginale politische Kraft.

Die erfolgreichen Beispiele faschistischer Machtergreifung in Italien und Deutschland belegen die kombinierte Anwendung einer Doppelstrategie zur Machteroberung: von ‚unten‘ durch die Mobilisierung der in der Partei organisierten Massen, von ‚oben‘ durch eine politische Allianz mit den traditionellen Machteliten. Beide Möglichkeiten waren den Pfeilkreuzlern versperrt.

Eine Machteroberung von unten scheiterte allein daran, daß es Szálasi, selbst eher weltanschaulicher Visionär als integrative Führerfigur und taktierender Machtpolitiker, nicht gelang, eine faschistische Einheitspartei unter seiner ausschließlichen Führung zu organisieren. Mit der Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Kriegsausbruch vertieften sich in Szálasis Hungaristenpartei die seit 1938 latenten Konflikte zwischen einem ‚gemäßigten‘, etatistischen Parteiflügel aus überwiegend gehobenen sozialen Schichten zugehörigen Mitgliedern, die über Propaganda- und Parlamentsarbeit an die Regierung gelangen wollten, und einem militanten, aktivistischen Flügel zumeist proletarischer oder kleinbürgerlicher Herkunft, der die Macht auf der Straße erkämpfen wollte und dazu neben einer vehementen sozialrevolutionären Agitation illegale, gewalttätige bis terroristische Mittel einsetzte. Beide Flügel kritisierten die Parteiführung, die den einen zu radikal, den anderen zu passiv war.<sup>49</sup>

Die ‚Gemäßigten‘ wanderten ab 1940/41 zu Imrédys „Partei der Ungarischen Erneuerung“<sup>50</sup> ab oder schlossen sich erneut der Regierungspartei an, die nach ihren kontinuierlichen Verschiebungen nach rechts wieder eine akzeptable politische Alternative bot. Gleichzeitig verlor die Szálasi-Partei ihre Massenbasis durch einen eigentümlichen Zustand der Lähmung ab Herbst 1940, so daß sie Ende 1943 auf ein Drittel ihrer einstigen Stärke, auf unter hunderttausend überwiegend passive Mitglieder<sup>51</sup> zusammenge-

49 Dazu Lackó, S. 149 ff., 192 ff., 203 ff.

50 Ausführlich dazu die Monographie von Sipos.

51 Szálasi-Tagebuch, Dezember 1943, S. 104.

schrumpft war. Das einst so rege Parteileben, das gerade den bisher vernachlässigten unteren sozialen Schichten eine Möglichkeit zu politischer Partizipation geboten hatte, stagnierte. Die Gründe liegen zum einen sicher im herrschenden Ausnahmezustand, der ein freies parteipolitisches Engagement verhinderte, und in der Tatsache, daß zahlreiche Parteimitglieder als Soldaten außer Landes waren, zum anderen aber auch in Szálasis abwartender Haltung, die die sich 1938 der Machtübernahme schon ganz nahe glaubenden Hungaristen auf die ungewisse Zukunft vertröstete: „Solange die Waffen das Wort haben, gibt es keinen Platz für Politik“, hieß Szálasis Devise für die Kriegsjahre.<sup>52</sup>

Zu den sozialen und politischen Gegensätzen traten schließlich noch ideologische Differenzen hinzu, was die erst Ende September 1940 mit Szálasis Pfeilkreuzlern fusionierte „Ungarische Nationalsozialistische Partei“<sup>53</sup> bereits ein Jahr später zur Abspaltung und zur Gründung einer Fraktionsgemeinschaft mit Imrédys Erneuerungspartei veranlaßte. Streitpunkt war Szálasis hartnäckiges Festhalten am „Hungarismus“, der, ausgehend von der geopolitischen Einheit der „Karpaten-Donau-Großheimat“, alle dort lebenden Völker mit Ausnahme der Juden und Zigeuner gleichberechtigt im hungaristischen Großstaat zusammenfassen wollte. Dem stand die Führung der Ungarischen Nationalsozialisten entgegen, die in engem Kontakt mit der SS die Ansicht vertrat, „daß es mit dem Hungarismus zu Ende ist“, und sich zum Sachwalter der deutschen Herrenvolktheorie in Ungarn und der damit verbundenen politischen Konzeptionen (Schaffung mehrerer, von Berlin abhängiger „völkischer“ Kleinstaaten bzw. Provinzen) machte. Szálasi lehnte dies als „neues Trianon“ und als mit dem wahren Nationalsozialismus nicht verträglichen „Imperialismus“ ab.<sup>54</sup>

Wie reagierte nun die politische Elite der „alten“ wie der „neuen Rechten“ auf die bedrohliche Ausmaße annehmende Pfeilkreuzlerbewegung? Die Regierungen gleich welcher Zusammensetzung versuchten immer wieder, die alte Methode der Integration anzuwenden. Sie gingen dabei meist nicht so weit wie Ministerpräsident Darányi, der 1938 Szálasi und seiner Partei zehn sichere Sitze im Parlament versprach gegen die Zusicherung, in Zukunft auf illegale Methoden zu verzichten und wie die NSDAP (!) legal unter Anerkennung der gesetzlichen Spielregeln um die Macht zu kämpfen. Der Vorschlag war an sich wegen der relativen Bedeutungslosigkeit des Parlaments politisch ungefährlich, scheiterte jedoch am vehementen Widerstand der Konservativen und führte mit zu Darányis baldiger Entlassung.<sup>55</sup>

52 *Magyarság*, 13. 4. 1941, zit. nach Lackó, S. 278.

53 Zusammenfassend Toth, Art. Nationalsozialistische Parteien, S. 750 f.

54 Szálasi-Tagebuch, 1940, S. 80 f.; 1941, S. 9. Das Tagebuch zeichnet diese Auseinandersetzungen in Einzelheiten nach.

55 Ebd., 1938, S. 51; Lackó, S. 105 ff.

Folgenreicher und letztlich verhängnisvoll war dagegen die ständige Verschiebung der Regierungspolitik nach rechts. Die Machtkämpfe innerhalb der politischen Elite drängten die Konservativen immer mehr in die Defensive, so daß die „neue Rechte“ tonangebend, wenn auch nicht stets politisch entscheidend wurde. Zum zweiten standen alle Regierungen Horthy-Ungarns unter dem wirtschaftlichen und außenpolitischen Druck des Dritten Reichs: Hauptziel jeder Politik war und blieb die Revision des Vertrags von Trianon, die nur im Fahrwasser Hitlers und unter Erfüllung seiner politischen Bedingungen durchsetzbar schien. Der dritte, auch in den Quellen häufig genannte Grund war der Versuch der Machteliten, den Pfeilkreuzlern das Wasser abzugraben, d. h. ihren Forderungen partiell entgegenzukommen und sie zum Regierungsprogramm zu erheben. Tatsächlich wurde auf diese Weise die Regierungspolitik insbesondere für die vorübergehend an die Pfeilkreuzler verlorenen gehobenen sozialen Schichten wieder attraktiv.<sup>56</sup>

Diese Methode der versuchten Reintegration wurde, wenn auch nicht immer konsequent, kombiniert mit der gewaltsamen Unterdrückung der Bewegung durch Ordnungskräfte und Gerichte. Gesetz III/1921 zum Schutz der ‚rechtmäßigen‘ Ordnung in Staat und Gesellschaft, das zur Verfolgung der extremen Linken verabschiedet worden war, wurde nun gegen die extreme Rechte eingesetzt und durch weitere, den neuen Umständen angepaßte Gesetze und Verordnungen insbesondere der Regierung Imrédy 1938 ergänzt.<sup>57</sup>

Dazu zählte, um ein Beispiel herauszugreifen, die Verordnung 3400/1938, die den Beamten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Mitgliedschaft in einer Partei verbot, die sie mit der gesetzlichen Ordnung in Konflikt bringen könnte. Eine Ausführungsverordnung nannte neben den Sozialdemokraten (!) alle relevanten Pfeilkreuzlerparteien.<sup>58</sup> Zwar gab es durchaus Beamte, die geheime, offiziell nicht geführte Parteimitglieder blieben, doch gelang es der Regierung auf diese Weise, die Pfeilkreuzler im wesentlichen aus dem politisch so wichtigen höheren Verwaltungsapparat fernzuhalten.

Trotz aller Krisenerscheinungen, trotz ihrer Spaltung und Schwächung durch die Machtkämpfe zwischen der konservativen „alten“ und der radikalen „neuen Rechten“ fühlten die traditionellen Machteliten Ungarns, anders als in Italien und Deutschland, ihre Stellung bei weitem nicht in dem

56 Zu dieser zweifelhaften Taktik hatte z. B. sogar Bethlen dem Reichsverweser in einem Memorandum vom 14. 1. 1939 geraten: die Regierung müsse zuerst Judenproblem und Landreformfrage befriedigend lösen, um der rechtsradikalen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen und dadurch die Restauration der Herrschaft der ‚verfassungsmäßigen‘ Kräfte einzuleiten, vgl. Horthy Miklós titkos iratai (‚Die geheimen Dokumente von Miklós Horthy‘), Hg. M. Szinai u. L. Szücs, Budapest 1972<sup>4</sup>, Nr. 43, S. 205 ff.

57 Vgl. Sipos, S. 47f.; MT 8/2, S. 945; Lackó, S. 110.

58 Magyarországi rendeletek tára 72 (‚Verordnungssammlung Ungarns‘), 1938, Nr. 107, S. 421 f.; Macartney, I, S. 226; Nagy-Talavera, S. 137.

Maße erschüttert, daß sie zur vermeintlichen Restabilisierung ihrer Position eine Allianz mit der plebejischen Pfeilkreuzlerbewegung eingegangen wären, die niemals die ‚Salonfähigkeit‘ erlangte, sondern immer eine vom Establishment verachtete, wegen ihres militanten Auftretens und ihrer sozialrevolutionären Agitation gefürchtete „out-group“ blieb. Schon gar nicht kooperationsbereit waren Unternehmerschaft und Hochfinanz, die von der vehementen antisemitischen, mit antikapitalistischen Tönen durchsetzten Pfeilkreuzlerpropaganda zum Nationalfeind Nr. 1 deklariert wurden.

Aber auch die ideologisch rechtsradikale „neue Rechte“ war stets bemüht, sich in Stil, Methoden, Auftreten gegen die Pfeilkreuzler abzugrenzen und damit zugleich einen unliebsamen Rivalen loszuwerden. Der ehemalige Ministerpräsident Imrédy, der im Oktober 1940 mit einigen sympathisierenden Abgeordneten aus Protest gegen die zu konservative Politik des Ministerpräsidenten Teleki die Regierungspartei verließ und, ausgehend von der Fraktion, von oben (!) die „Partei der Ungarischen Erneuerung“ gründete, ohne die Massen je zu erreichen, sprach von den Hungaristen als von unberechenbarem, viel zu radikalem „Gesindel“ unter einem verrückten Führer.<sup>59</sup> Umgekehrt betrachteten diese die Imrédy-Anhänger als „Konjunkturritter“, die sich dem modischen nationalsozialistischen Zeitgeist angeschlossen hätten, ohne Opfer bringen zu wollen, und mit denen sich überhaupt nichts anfangen lasse, „weil es dort nur Herren mit gebügelten Hosen gibt.“<sup>60</sup> Die soziale und damit politische Kluft war zu tief, als daß sie durch die immer wieder aufgenommenen, von deutscher Seite befürworteten Verhandlungen zur Schaffung einer faschistischen Einheitspartei (1940/41; 1944) hätte überwunden werden können. Der die alleinige Führung beanspruchende Szálasi war trotz vielfältigen Drucks nicht von seiner Auffassung abzubringen, der Hungarismus werde „keinen von liberalen Herren abgelegten Frack anziehen“, und sah den Platz von Imrédys „pseudonationalsozialistischer“ Möchte-gern-Massenpartei „im höchsten Panoptikum“.<sup>61</sup>

Die Vereinigung von „neuer Rechten“ und Pfeilkreuzlern im Sinne einer Parteienfusion gelang nicht einmal in den Monaten des Szálasi-Regimes 1944/45. Dieses beruhte zwar auf einer Koalitionsregierung aus rechtem Flügel der Regierungspartei, Partei der Ungarischen Erneuerung, Ungarischen Nationalsozialisten und Pfeilkreuzpartei unter hungaristischer Führung, doch waren zwei Faktoren für das Zustandekommen dieser Allianz entscheidend: erstens stellte Horthys geheimes Waffenstillstandsgesuch in Moskau die „neue Rechte“ vor die Alternative, sich zwischen der Besetzung Ungarns durch die Rote Armee und der Fortsetzung des Krieges an

59 Zit. nach Sipos, S. 230; vgl. dazu auch ebd., S. 188, sowie Nagy-Talavera, S. 166.

60 Zit. nach Lackó, S. 270.

61 Szálasi-Tagebuch, 1941, S. 1, 4.

deutscher Seite durch eine Koalition unter Szálasi Führung zu entscheiden. Zweitens veränderten sich durch das deutsche Eingreifen zugunsten Szálasi die innerungarischen Kräfteverhältnisse, so daß die Hungaristen mit ausschlaggebender Hilfe der SS die Macht übernehmen konnten, und Szálasi als „Führer der Nation“ das Schicksal Ungarns während der letzten Kriegsmonate bestimmte. Es schließt sich daher die weiterführende, hier nicht mehr zu untersuchende Frage an, welche Politik das Dritte Reich bzw. seine verschiedenen Machttträger gegenüber ‚geistesverwandten‘ politischen Bewegungen im Ausland verfolgten. Die Geschichte Ungarns 1944 zeigt, daß die Pfeilkreuzler mit Sicherheit nur ‚letzte Wahl‘ waren.